

TB 14.08. 26K 39



Amtsgericht Hameln

Beschluss

Terminbestimmung

26 K 39/21

22.04.2024

Im Wege der Zwangsvollstreckung

soll am **Mittwoch, 14. August 2024, 11:00 Uhr**, im Amtsgericht Zehnthof 1, 31785 Hameln, Saal/Raum 114, versteigert werden:

Der im **Wohnungsgrundbuch von Kirchohsen Blatt 1550**, laufende Nummer 1 des Bestandsverzeichnisses eingetragene 67,15/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück

Lfd. Nr.	Gemarkung	Flur	Flurstück	Wirtschaftsart und Lage	Größe m ²
1	Kirchohsen	1	38/4	Gebäude- und Freifläche, Hauptstr. 68, 68 A	2201
	Kirchohsen	1	280/19	Landwirtschaftliche Fläche, Hauptstr.	67

verbunden mit Sondereigentum an der Wohnung im Dachgeschoss mit Kellerraum (Nr. 14 des Aufteilungsplanes). Zu diesem Wohnungseigentum gehört das ausschließliche Nutzungsrecht an dem Tiefgaragen-Stellplatz Nr. 1.

Der Versteigerungsvermerk wurde am 21.12.2021 in das Grundbuch eingetragen.

Verkehrswert: 171.000,00 €

In einem früheren Termin ist der Zuschlag aus den Gründen des § 74a oder § 85a ZVG versagt worden. In dem nunmehr anberaumten Termin kann daher der Zuschlag auch auf ein Gebot erteilt werden, das weniger als die Hälfte des Grundstückswertes beträgt.

Ist ein Recht im Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte es spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss es auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger oder der Antragsteller oder bei einer Insolvenzverwalterversteigerung der Insolvenzverwalter widerspricht. Das Recht wird sonst im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung des Anspruchs – getrennt nach Hauptforderung, Zinsen und Kosten – einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärungen auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des vorbezeichneten Versteigerungsobjekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu erwirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Tek
Rechtspflegerin

Nähere Angaben zu dem Objekt und weitere Zwangsversteigerungsobjekte im Internet unter www.zvg-portal.de
